

Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache

auf der Grundlage der für den Bundesgerichtshof
geltenden Abkürzungsregeln

bearbeitet

von

Dr. Hildebert Kirchner

Bibliotheksdirektor beim Bundesgerichtshof



Berlin 1957

Walter de Gruyter & Co., Berlin W 35

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung • J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung
Georg Reimer • Karl J. Trübner • Veit & Comp.

Archiv-Nr. 271657

Satz: Walter de Gruyter & Co., Berlin W 35

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin SW 29

Alle Rechte, einschließlich des Rechtes der Herstellung
von Photokopien und Mikrofilmen, vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|--------------|
| Vorwort | V |
| Regeln für die Bildung und den Gebrauch von Abkürzungen. | IX |
| Gesamtverzeichnis der Abkürzungen in alphabetischer Ordnung | I |
| Empfehlungen für Abkürzungen | 193 |
| 1. Allgemeine Abkürzungen der Rechtssprache | 195 |
| 2. Abkürzungen für Behörden und Körperschaften | 201 |
| 3. Abkürzungen für Gesetz- und Amtsblätter | 209 |
| 4. Abkürzungen für Zeitschriften und andere periodische Veröffentlichungen, sowie wichtigere Einzelwerke | 227 |
| 5. Abkürzungen der Gesetze, Verordnungen und Rechtsvorschriften | 269 |

Vorwort

Die Verwendung von Abkürzungen ist in jüngster Zeit wiederholt heftig beklagt und als Zeichen der Hast unserer Zeit gebrandmarkt worden. Aber schon das geruhssame Mittelalter hatte einen unübersehbaren Katalog von Abbraviaturen, wie denn überhaupt Abkürzungen üblich sind, solange geschrieben wird.

Man sollte nicht verkennen, daß Abkürzungen bei dem Umfang des heutigen Schriftverkehrs durchaus sinnvoll sind, da sie die Schreibarbeit erleichtern und vereinfachen. Ihr Gebrauch ermöglicht zudem die Einschlebung von Zitaten in den laufenden Text, ohne daß der Satz zerrissen, das Satzbild gestört und dadurch das Lesen erschwert wird. Abkürzungen stellen bei zweckmäßiger Gestaltung und vernünftiger Verwendung einen wertvollen Rationalisierungsfaktor dar.

Zu beklagen und zu verdammen ist jedoch das Abkürzen um jeden Preis, das Aneinanderreihen einiger weniger Buchstaben, deren Sinn nicht sogleich erkennbar ist, und die Verwendung von Abkürzungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Der Gebrauch von Abkürzungen ist nur dann rationell, wenn eine Entschlüsselung nicht nötig ist, sich die Auflösung ohne weiteres ergibt. Der leichteren Erkennung des Gemeinten dient auch eine feste Übung im Gebrauch der Abkürzungen. Seit der Jahrhundertwende sind, gefördert durch den Deutschen Juristentag, immer wieder Versuche unternommen worden, durch die Herausgabe von Abkürzungsverzeichnissen eine gewisse Einheitlichkeit herbeizuführen. Diese Verzeichnisse waren im Anfang noch überaus bescheiden, der Erfolg jedoch einigermaßen befriedigend. Weitau am bedeutendsten war die Arbeit von Maas und Magnus, die im Jahre 1929 im gleichen Verlag erschien, und die das bis jetzt umfangreichste und beste Verzeichnis darstellt. Ihr war der besondere Erfolg beschieden, daß sich die Juristische Wochenschrift sowie namhafte juristische Verlage fortan nach ihr richteten. Von späteren Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Abkürzungen sind vor allem die Arbeiten der Akademie für Deutsches Recht zu erwähnen. Die Schaffung eines Abkürzungsverzeichnisses rechtswissenschaftlicher Zeitschriften stand kurz vor dem Abschluß. Der Krieg hat sein Erscheinen verhindert. (Siehe hierzu den Bericht von Güntzel im Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht Jg. 6/7. 1939/40 S. 250ff.)

Einer Vereinheitlichung der Abkürzungen dient auch die seit einigen Jahrzehnten bestehende Übung des Gesetzgebers, für Gesetze, Verordnungen usw. bestimmte Sigel vorzuschreiben. Im Bereich der Finanzen ist sie besonders ausgeprägt. Gleichwohl ist es nicht verständlich, warum für ganz unbedeutende Rechtsvorschriften Abkürzungen vorgesehen

werden (so gibt es für die Bestimmungen über Haltung und Ausbildung von Zollhunden — Erlaß des BMF v. 16. 5. 1955, BZBl. S. 426 — eine Abkürzung: ZHBest.), für wichtigste Gesetze hingegen keine. Auch die Bemühungen mancher Zeitschriftenverleger, ihren Zeitschriften durch den Heftumschlägen aufgedruckte Hinweise eine einheitliche Abkürzungsweise zu sichern, sind löblich. Zu beklagen ist jedoch das Bestreben, möglichst kurze Schreibweisen vorzuschlagen.

Mit der Kürzung von Zeitschriftentiteln befaßt sich auch die in neuester Fassung im Februar 1955 herausgegebene DIN = Norm 1502. Sie soll für Zeitschriften aller Wissensgebiete eine einheitliche Abkürzungsweise sichern. Die Verwendung der in dieser Norm vorgeschriebenen Abkürzungen empfiehlt sich auch für juristische Arbeiten, sobald davon ausgegangen werden darf, daß sie auch im fremdsprachigen Ausland gelesen werden.

Das vorliegende Verzeichnis der in der deutschen Rechtssprache vorkommenden Abkürzungen, das die Arbeit von Maas und Magnus zu ersetzen bestimmt ist, gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil werden die alphabetisch geordneten Abkürzungen und Sigel aufgelöst und erklärt. Da kein noch so umfangreiches Verzeichnis alle möglichen Abkürzungen zu erfassen vermöchte, sind zur einwandfreien Festlegung bei den Gesetzen die Fundstellen und bei den Zeitschriften sowie den Amtsblättern die Titeländerungen und Erscheinungszeiträume vermerkt. Kurzbezeichnungen der Rechtsvorschriften, die der Gesetzgeber selbst bestimmt hat, sind in runden, andernfalls in eckigen Klammern beige-fügt. Auch aufgehobene Vorschriften sind aufgenommen, soweit sie in Rechtsprechung und Schrifttum noch eine Rolle spielen. Von den juristischen Zeitschriften, die, soweit sie nach 1900 erschienen sind, grundsätzlich alle berücksichtigt worden sind, sind auch unbedeutendere aufgeführt, weil deren Abkürzungen bei der Auflösung insbesondere Schwierigkeiten bereiten.

Der zweite Teil des Verzeichnisses gibt für Abkürzungen Empfehlungen. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß alle in diesem Teil vorkommenden allgemeinen Rechtsbegriffe, Gesetz- und Amtsblätter, Zeitschriften und Rechtsvorschriften stets abgekürzt werden sollten oder könnten. Die Entscheidung, ob es zweckmäßig, möglich oder gar angezeigt ist, eine Abkürzung zu verwenden, muß jedermann vielmehr selbst treffen. Das hängt ganz und gar von den Umständen ab. Die ausgesprochene Empfehlung für Abkürzungen bezieht sich lediglich auf deren Form, deren Bildung. Gleichwohl wird sich niemals eine völlige Einheitlichkeit im Gebrauch von Abkürzungen erreichen lassen, weil es nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl für alle Zweige der Rechtswissenschaft und für alle Zeiten feststehende und verständliche Abkürzungen gibt. Das war auch für die Bearbeitung dieses zweiten Teiles eine besondere Schwierigkeit, wenn die Empfehlungen nicht auf die allgemein bekannten Abkürzungen beschränkt bleiben sollten, was ja dann kaum sinnvoll gewesen wäre. Für die Gestaltung der Abkürzungen war es deshalb nötig, zu berücksichtigen, in welchem Bereich sie verwendet werden.

Hinsichtlich jener Gesetze und Zeitschriften, die hauptsächlich für die ordentliche Gerichtsbarkeit eine Rolle spielen, ist so von der Übung des Bundesgerichtshofs ausgegangen worden. Soweit Abkürzungen dem Bereich des Sozialrechts angehören, ist der Gebrauch des Bundessozialgerichts und der Sozialgerichte zugrunde gelegt. Entsprechendes gilt für arbeits- oder finanzrechtliche Abkürzungen. Beim Landesrecht ist die Landesübung berücksichtigt, so ist hinsichtlich der bayerischen Vorschriften insbesondere die Anlage zur Allgemeinen Dienstordnung für die Staatsbehörden verwertet worden.

Für die Form der empfohlenen Abkürzungen ist in jedem Fall beachtet und durch Fettdruck hervorgehoben worden, welche Abkürzung der Gesetzgeber, das Gesetz- oder Amtsblatt oder die Zeitschrift vorgesehen hat. Lediglich die Interpunktion ist unabhängig von den Vorschlägen einheitlich entsprechend den nachstehend angegebenen Regeln gestaltet. Bei den Zeitschriften ist die Abkürzungsweise, soweit sie vom Verlag nicht ausdrücklich empfohlen worden ist, aus der Verwendung im laufenden Text oder in den Fußnoten der Zeitschrift selbst entnommen worden. Da es zweckmäßig ist, grundsätzlich von den für Gesetze, Gesetz- und Amtsblätter sowie Zeitschriften vorgesehenen Abkürzungen auszugehen und den Gebrauch derselben zu empfehlen, ergeben sich manche Inkonsequenzen. In vielen Fällen ist, um solchen zu entgehen, eine andere Abkürzung vorgeschlagen worden. Anderweitige Vorschläge waren aber auch dann nötig, wenn die vorgesehene Abkürzung zu knapp und daher unverständlich ist. Auch bei älteren Abkürzungen erschienen gewisse Änderungen angebracht.

Grundsätzlich sind nur Abkürzungen der deutschen Rechtsprache aufgenommen. Nur wo eine Verwechslung mit gleichlautenden ausländischen Sigeln möglich ist, sind ausnahmsweise auch diese angegeben. Wichtig wäre vielleicht die Auflösung der Abkürzungen von ausländischen Zeitschriften gewesen. Das mußte indes unterbleiben, um das Verzeichnis nicht noch umfänglicher werden zu lassen. Für diese Fälle sei auf die von H. P. des Coudres zusammengestellte Bibliographie juristischer Abkürzungsverzeichnisse (*Zeitschr. f. ausl. u. intern. Privatrecht* 1953, S. 524) hingewiesen.

Nach dem 1. Januar 1957 veröffentlichte Rechtsvorschriften mußten unberücksichtigt bleiben.

Karlsruhe, den 1. April 1957

H. Kirchner

Regeln

für die Bildung und den Gebrauch von Abkürzungen

Abkürzungen sollen das Gemeinte ohne Schwierigkeiten erschließen lassen. Daraus ergeben sich Art und Weise und Umfang der Abkürzung.

1. *Abkürzung von Zeitschriftentiteln.* — Bei der Bildung von Abkürzungen für Zeitschriften sowie Gesetz und Amtsblätter ist von dem genauen Titel auszugehen, nicht von einem schon zusammengezogenen, besonders zurechtgelegten Titel, der vielleicht die Bildung einer kürzeren Abkürzung ermöglichen würde. Die Wortabfolge ist beizubehalten. Von den Zeitschriften empfohlene Abkürzungen sollten im allgemeinen verwendet werden, falls sie nicht zu kurz und dadurch unverständlich sind. Lassen solche empfohlenen Abkürzungen die Titel nicht erkennen, weil ihnen ein vom eigentlichen Titel abweichender Zwecktitel zugrunde gelegt wurde (z. B. „RabelsZ“ für „Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht“; „RFBl.“ für „Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung“), so sollten sie richtig gebildeten Abkürzungen nur vorgezogen werden, wenn das Blatt sehr bekannt ist, die Auflösung mithin keine Schwierigkeit macht.
2. *Abkürzung von Gesetzen.* — Grundsätzlich wird auch bei der Bildung von Abkürzungen für Gesetze von der Überschrift ausgegangen. Hat der Gesetzgeber eine besondere Kurzbezeichnung vorgesehen (z. B. Verordnung über die Anerkennung und die Verteilung von ausländischen Flüchtlingen <Asylverordnung>) oder ist eine solche Kurzform üblich (z. B. Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung <Zwangsversteigerungsgesetz>), so wird diese Kurzform für die Bildung der Abkürzung zugrunde gelegt. Ist dies nicht der Fall, handelt es sich aber um eine lange, nur schwerlich abkürzbare Gesetzesbezeichnung, so darf als Grundlage für die zu bildende Abkürzung in Ausnahmefällen auch eine sprachlich unmögliche Form gebildet werden (z. B. Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit = Jugendschutz in der Öffentlichkeit -Gesetz, abgekürzt: JSchÖG). Vom Gesetzgeber selbst vorgesehene Abkürzungen (Legalabkürzungen) sind auf alle Fälle zu verwenden.
3. *Umfang der Abkürzung.* — Mit wenigen Buchstaben können Zeitschriften, Gesetze (Rechtsnormen) und Behörden nur dann abgekürzt werden, wenn ihre Bekanntheit allgemein vorausgesetzt werden kann (BGB, NJW). Im übrigen muß sich die Form der Abkürzung nach dem zu erwartenden Leserkreis richten, sie kann also kürzer gehalten sein, wenn nur ein kleiner Kreis von Sach-

verständigen angesprochen werden soll. In Abhandlungen oder Urteilen sollte regelmäßig die jeweilige nicht allgemein bekannte Abkürzung beim ersten Vorkommen in ausführlicher Form verwendet werden. Dann kann in späteren Zitaten ruhig die knappste Form gebraucht werden.

4. *Art der Bildung der Abkürzung.* — Die wichtigen Worte des Zeitschriftentitels oder der Gesetzesbezeichnung sind sinngemäß durch Zusammenziehung (z. B. Ztg. für Zeitung) oder auch Weglassung der letzten Buchstaben (z. B. aml. für amtlich) zu kürzen. Weniger wichtige Wörter, insbesondere Artikel und Verhältniswörter (Pronomina) können fortgelassen werden (z. B. Zeitschrift für Politik: ZPolit.). Artikel am Anfang des Titels sind stets wegzulassen (z. B. nicht: DÖV für „Die öffentliche Verwaltung“, sondern: ÖV), da der als D. abgekürzte Artikel sonst auch als „Deutsch (e, -er, -es)“ gelesen werden könnte.

Adjektive werden bei der Kürzung groß geschrieben (z. B. „ArchÖffR“ = „Archiv für öffentliches Recht“), um den Anfang des neuen Wortes zu kennzeichnen, falls sich nicht eine abweichende Schreibweise für die Abkürzung durchgesetzt hat (z. B. „AcP“ = „Archiv für die civilistische Praxis“).

Buchstaben, die nicht am Anfang eines Wortes oder — bei zusammengesetzten Wörtern (Komposita) — des Wortteils stehen, sind in der Kürzung klein zu schreiben (also nicht: STGB, sondern StGB). Von dieser Regel sind nur eingebürgerte Abkürzungen ausgenommen (z. B. VO = Verordnung, AnO = Anordnung).

Von üblichen Kürzungen sollte nicht abgewichen werden. Zu mißbilligen sind daher Abkürzungen wie: BG statt BGB, B. statt Bl. (= Blatt) in RBB (= Reichsbesoldungsblatt), GV statt GVBl. (= Gesetz- und Verordnungsblatt) beim Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, BgBl. oder BuGBl. statt des üblichen BGBL. (= Bundesgesetzblatt).

Abkürzungen sind grundsätzlich ohne Zwischenräume zu schreiben.

5. *Flektion der Abkürzungen.* — Abkürzungen werden nicht flektiert (z. B.: des BGH, nicht: des BGHs). Der Plural ist sinngemäß zu bilden (RAe nicht RÄ = Rechtsanwälte; VOen = Verordnungen). Die Pluralbildung durch Verdoppelung des letzten Buchstaben ist nicht mehr üblich (also: Art. nicht Artt. = die Artikel).

Anhang: *Die Interpunktion der Abkürzungen.* — Eine besondere Uneinheitlichkeit und Unsicherheit besteht bei der Frage, ob hinter eine Abkürzung ein Punkt zu setzen ist oder nicht. Während die Juristen immer mehr dazu neigen, bei Abkürzungen jegliche Interpunktion zu unterlassen, schreibt der Duden, auch wenn die Abkürzung lediglich aus Großbuchstaben besteht, grundsätzlich einen Punkt am Schluß vor. Eine Ausnahme läßt er nur dann gelten, wenn Abkürzungen als selbständige Wörter gesprochen werden wie LKW (gesprochen: El-ka-we) oder BGB (gesprochen: Be-ge-be). Auch bei häufig gebrauchten Ab-

kürzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft wird das Fehlen der Punkte gebilligt. Als Beispiele werden hier m (= Meter), Ra (= Radium), SW (= Südwest) und DM (= Deutsche Mark) genannt.

Nach diesen Regeln dürften wohl ZPO, StGB und NJW ohne Punkt geschrieben werden können, nicht aber MSchG, GA (= Goldammers Archiv) und MBliV, weil das niemand sagt. Auch hinter AG (= Amtsgericht oder Aktiengesellschaft) brauchte kein Punkt gesetzt zu werden, da es sich hier um häufig gebrauchte Abkürzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft handelt; obgleich die Abkürzungen im allgemeinen nicht gesprochen werden und vielmehr Amtsgericht oder Aktiengesellschaft gesagt wird. Sicherlich wird aber niemand BT (Be-te) oder BR (Be-er) statt Bundestag oder Bundesrat sagen. Hier müßte dann ein Punkt gesetzt werden.

Für die Regelung des Duden besteht kein überzeugender Grund. Sie ist auch nicht folgerichtig. Nach den allgemeinen Interpunktionsregeln soll der Punkt hinter der Abkürzung die fehlenden Buchstaben kennzeichnen. Es ist deshalb s. = siehe, vgl. = vergleiche zu schreiben. Um eine Wortabkürzung handelt es sich aber bei der Schreibung m = Meter und Ra = Radium gar nicht. Es wäre nämlich nicht einzusehen, weshalb Meter in der Abkürzung plötzlich mit einem kleinen Buchstaben geschrieben werden sollte, und, wenn die chemischen Zeichen wirklich Abkürzungen wären, müßte Eisen Ei. und Kupfer Ku. geschrieben werden. In Wirklichkeit aber wird statt Eisen Fe (= Ferrum), statt Kupfer Cu (= Cuprum) geschrieben. Es handelt sich auch tatsächlich in diesen Fällen um keine Abkürzungen, sondern um besonders gestaltete Symbole, die man zum Unterschied gegen echte Abkürzungen Sigel nennen sollte.

Eine sigelmäßige Schreibung besteht im allgemeinen auch bei den juristischen Abkürzungen. Das Wort „Strafgesetzbuch“ müßte bei einer normalerweise durch Zusammenziehung (Kontraktion) gebildeten Abkürzung „Stgb.“ geschrieben werden. Üblich ist die Schreibung „StGB“. Eine echte Abkürzung, hinter die also ein Punkt zu setzen ist, liegt vor, wenn statt „Ehegesetz“ abgekürzt „Eheg.“ geschrieben wird. Um ein Sigel jedoch handelt es sich, wenn unter Abweichung von der gewöhnlichen Schreibweise des Wortes „EheG“ geschrieben wird. Die sigelmäßige Kürzung wird auch aus der lückenlosen Schreibung ersichtlich (ArchÖffR und nicht Arch.f.öff.R.).

Bei Sigeln würden Punkte immer dann entbehrlich sein, wenn sie mit einem Großbuchstaben enden. In diesen Fällen nämlich wird von selbst ersichtlich, daß es sich um eine abgekürzte symbolische Schreibung handelt, da es ja niemals vorkommen kann, daß ein Wort mit einem großen Buchstaben schließt.

Lediglich dann sollte auch hinter Sigel stets ein Punkt gesetzt werden, wenn der letzte Buchstabe ein kleiner ist. Es gibt nämlich hier Fälle, bei denen zwischen einer gewöhnlichen Abkürzung und einer symbolhaften Schreibung (Sigel) nicht unterschieden werden kann. Die punktlose Schreibung würde das Erkennen der Abkürzung oder des Sigels in vielen

Fällen erschweren. Der Bundesgerichtshof wird allerdings auch hier den Punkt künftig fortlassen.

Von dieser Regel bestehen drei Ausnahmen:

1. Einzelne stehende Buchstaben, die ja kein Sigel, sondern stets eine Abkürzung darstellen, sind mit einem Punkt zu versehen (V. = Verordnung, G. = Gesetz; in G 131 <= Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen> ist das G ohne Punkt zu schreiben, da der Buchstabe tatsächlich nicht allein steht, sondern mit der Zahl zusammen eine Einheit bildet).

2. Kein Punkt ist zu setzen, wenn die Abkürzung als sprechbares Kunstwort besonders gebildet worden ist (z. B. Ufita = Archiv für das Urheber-, Film- und Theaterrecht; Preugo = [Preußische] Gebührenordnung für approbierte Ärzte und Zahnärzte).

3. Allgemeine, nicht dem juristischen Bereich entspringende Abkürzungen sind mit der gebräuchlichen Interpunktion zu schreiben (also: a. a. O. = am angegebenen Ort, u. a. = unter anderem, a. M. = anderer Meinung, a. F. = alte Fassung).

**Gesamtverzeichnis der Abkürzungen
in alphabetischer Ordnung**

A

| | |
|-----------------------|--|
| AA | Ausführungsanweisung |
| AA, ArbA | Arbeitsamt |
| AA, ArbA | Das Arbeitsamt [Zeitschrift] (I. 1950ff.) |
| AA, AuswA | Auswärtiges Amt |
| a. A. | anderer Ansicht |
| AAB, AB | Allgemeine Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverkehrsordnung |
| AAfGem. | Ausführungsanweisung zum Deutschen Beamtengesetz für die Kommunalbeamten (Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der gemeindlichen Zweckverbände). RdErl. v. 1. 7. 1937 (MBliV S. 1051) |
| AAnw., AusfAnw. | Ausführungsanweisung |
| AAnz. Hamb. | Amtlicher Anzeiger (= Teil II d. Hamburgischen Gesetz- u. Verordnungsblattes) (1950ff.) |
| a. a. O. | am angegebenen Ort |
| AAR Nr. 1 | Brit. Zone. Allgemeine Anweisungen an Richter Nr. 1 (SchlHA 1946 S. 4) |
| AB | Aufsichtsbehörde |
| AB, ABest., AusfBest. | Ausführungsbestimmung(en) |
| AB | s. a. AAB |
| ABA | Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe. (Jetzt m. d. Untertit.:) Fachzs. f. d. Aufgabengebiete d. Bundesanstalt (I. 1950ff.) |
| AbändG, AbGes. | Abänderungsgesetz |
| ABBOS | Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen |
| ABBVO | s. AutoBBO |
| ABC, ABK | Allied Bank Commission (Alliierte Bankkommission) |
| ABC-Dir. | Direktive der Alliierten Bankkommission |
| Abdr. vorg. | Abdruck vorgesehen |
| ABest. | s. AB |
| ABG | s. a. AufbG |
| ABG | Allgemeines Berggesetz ~ f. d. preuß. Staaten v. 24. 6. 1865 (GS S. 705) ~ f. d. Land Hessen, i. d. F. v. 1. 4. 1953 (GVBl. S. 61) |

| | |
|----------------------------------|---|
| Abg. | Abgeordneter |
| AbgabenDV-LA | Durchführungsverordnung über Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz |
| ABGB | Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Österreich |
| AbGes. | s. AbändG |
| AbgO | s. AO |
| AbgVO | Bayern. VO ü. d. Abgabe starkwirkender Arzneien (Abgabenverordnung) v. 27. 11. 1956 (GVBl. S. 289) |
| Abh. | Abhandlung |
| Abhn. | Abhandlungen |
| ABilG | Berlin. Ges. ü. d. Altbankenrechnung u. d. DM-Eröffnungsbilanz d. Berliner Altbanken (Altbanken-Bilanz-Gesetz) v. 10. 12. 1953 (GVBl. S. 1488) |
| ABK | s. ABC |
| Abk. | Abkommen |
| ABL | Allgemeine Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (= Teil B d. Verdingungsordnung f. Leistungen, ausgenommen Bauleistungen) |
| ABl. | Amtsblatt [Die einzelnen Amtsblätter, soweit sie im folgenden nicht aufgeführt sind, s. u. bei d. systematischen Übersicht d. Gesetz- u. Amtsblätter] |
| ABl. | Anwaltsblatt s. AnwBl. |
| ABIAHK, AHKBl. | Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland. Official Gazette of the Allied High Commission for Germany. Journal Officiel de la Haute Commission Alliée en Allemagne (1949—1955) |
| ABIAHKdtr. | Amtsblatt der Alliierten Kommandatura Berlin. Official Gazette of the Allied Kommandatura Berlin. Bulletin Officiel de la Kommandatura Interalliée de Berlin (1947ff.) |
| ABIBMP, ABIPost | Amtsblatt des Bundesministers (1950, 1—49: Bundesministeriums) für das Post- und Fernmeldewesen (1950ff.) |
| ABl. d. BAM | s. AMBl. |
| ABl. d. EKD, ABIEKD | Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland [Ausgabe Hannover] (1. 1947ff.) |
| ABl. d. EKD-Bln., ABIEKD-Bln. | Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berliner Stelle (2. 1948ff.; vorher: Amtsbl. d. Kanzlei d. Ev. Kirche in Dtschld.) |
| ABIEGKS | Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1. 1952ff.) |
| ABIEGKS-Vhlg. | Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung. Ausführliche Sitzungsberichte (2. 1953ff.) |

| | |
|--|---|
| ABIEL(BrZ) | Amtsblatt für Ernährung und Landwirtschaft. Mitteilungs- u. Verordnungsblatt d. Zentralamts f. Ernährung u. Landwirtschaft in d. britischen Zone. (1. 1946—2. 1947; dann: Amtsbl. f. Ernährung, Landwirtsch. u. Forsten) |
| ABIELF, ABiELF, ABIErn. | Amtsblatt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Amtl. Mitteilungsbl. d. Verw. f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten d. Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1. 1947—3. 1949; fortges. als: Ministerialbl. d. Bundesmin. f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten) |
| ABIHVPost, ABIPost | Amtsblatt der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes (ab 1948, 6: d. Vereinigten Wirtschaftsgebietes) (1947—1950, 29; fortges. als: Amtsbl. d. Bundesministeriums f. d. Post- u. Fernmeldewesen) |
| ABIKR, KRABL. | Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (Nr. 1. 1945—19. 1948) |
| ABIMfV | s. VMBl. |
| ABIMR(AmZ), ABIAmMilReg., AmABl. | Amtsblatt der Militärregierung. Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet. Military Government Gazette. Germany. United States Area of Control. (Ausg. A—O, 1946—1949) |
| ABIMR(BrZ), ABIBrMilReg., BritABl. | Amtsblatt der Militärregierung. Deutschland. Britisches Kontrollgebiet. Military Government Gazette. Germany. British Zone of Control. (Nr. 1. 1945—41. 1949) |
| ABIPost | s. ABIHVPost; ABIBMP |
| ABIRPM, RPMBl., PoABl., PABl. | Amtsblatt des Reichspostministeriums (1919—1945; vorher: Amtsbl. d. Reichspostamts) |
| ABIVELKD | Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (1. 1954ff.) |
| AbmG, AbmarkgsG | Abmarkungsgesetz Bayern. Gesetz, die Abmarkung d. Grundstücke betr. v. 30. 6. 1900 (GVBl. S.553) Hessen. ~ v. 3. 7. 1956 (GVBl. S. 124) |
| ABO | s. BauO, Hessen |
| AbordgB | Bestimmungen ü. Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung d. Beamten v. 11. 9. 1942 (RBesBl. S. 184), i. d. F. v. 26. 5. 1950 (MinBlFin. 1951 S. 11) |
| AbrVO | Abrundungsverordnung v. 31. 10. 1923 (RGBl. I S. 1049) |
| Abs. | Absatz |
| Abschn. | Abschnitt |

| | |
|------------------------------|---|
| ABSOG | Niedersachsen. Ausführungsbestimmungen z. Gesetz ü. d. öffentliche Sicherheit u. Ordnung v. 30. 4. 1951 (MBl. S. 185) |
| Abt. | Abteilung |
| ABvBO | Ausführungsbestimmungen zur vereinfachten Eisenbahn-Bau- u. Betriebsordnung |
| ABvBOS | Ausführungsbestimmungen zur vereinfachten Eisenbahn-Bau- u. Betriebsordnung für Schmalspurbahnen |
| ABVO | s. AutoBBO |
| abw. | abweichend |
| AbwGewG | s. AGG |
| AbzG | Gesetz, betr. d. Abzahlungsgeschäfte [Abzahlungsgesetz] v. 16. 5. 1894 (RGBl. S. 450) |
| AcP, AZP, ArchZivPr. ZivA | Archiv für die civilistische Praxis (1. 1818—149. 1944, 150. 1948/49ff.) |
| AD | s. AuBHandDienst |
| ADAC | Allgemeiner Deutscher Automobilclub |
| ADAnw. | Allgemeine Dienstanweisung |
| ADGB | Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund |
| ADGO, Adgo | Allgemeine Deutsche Gebührenordnung für Ärzte |
| ADHGB | Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1861 |
| ADMietZ, ADMietZtg. | Allgemeine Deutsche Mieterzeitung (1. 1923—9. 1931) |
| ADO | Allgemeine Dienstordnung für nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder [Arbeitnehmer] bei öffentl. Verwaltungen u. Betrieben v. 30. 4. 1938 (RGBl. I S. 461, 476, 491), f. Angestellte im öffentl. Dienst v. 10. 5. 1938 (RGBl. I S. 512, 513) [Es gibt noch weitere ADOen] |
| AdoptEG | Gesetz z. Erleichterung d. Annahme an Kindes Statt v. 8. 8. 1950 (BGBl. S. 356) |
| AdoptVG | Gesetz ü. d. Vermittlung d. Annahme an Kindes Statt v. 29. 3. 1951 (BGBl. I S. 214) |
| ADOST. | Bayern. Allgemeine Dienstordnung f. d. Staatsbehörden v. 22. 12. 1953 (GVBl. 1954 S. 1) |
| ADS, ADSVB, AllgDSeeVersBed. | Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen v. 1919 |
| ADSp. | Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen i. d. F. v. Nov. 1939 (RAnz. 1940 Nr. 4) |
| AdV | s. ArchVölkR |
| ADV DStO | Bayern. Allg. DurchfVO z. Dienststrafordnung vom 28. 9. 1955 (GVBl. S. 222) |

| | |
|---------------------------------|---|
| ÄAG | Nordrhein-Westfalen. Gesetz ü. d. Änderung beamtenrechtl. Vorschriften u. z. Anpassung d. Landesrechts an die Vorschriften d. Bundesgesetzes z. Regelung d. Rechtsverhältnisse d. unter Art. 131 d. GG fallenden Personen (Änderungs- u. Anpassungsgesetz) v. 15. 12. 1952 (GVBl. S. 423) |
| AEB, AEDB, AllgEinbrVersBed. | Allgemeine Einbruchsdiebstahlversicherungs-Bedingungen |
| AEBG | s. EisenbG |
| AEg | Anerbengericht |
| ÄG, ÄrzteG, BÄG | Bayerisches Ärztegesetz v. 25. 5. 1946 (GVBl. S. 193) |
| ÄG, ÄndG | Änderungsgesetz |
| Änd. | Änderung |
| ÄndIHG | Gesetz z. Änderung d. Gesetzes ü. d. Investitionshilfe d. gewerbl. Wirtschaft 1. Gesetz v. 22. 8. 1952 (BGBl. I S. 585) 2. Gesetz v. 30. 3. 1953 (BGBl. I S. 107) 3. Gesetz v. 19. 12. 1954 (BGBl. I S. 437) |
| ÄNLG | Bayern. Gesetz zur Regelung d. ärztl. Niederlassungswesens v. 23. 12. 1948 (GVBl. 1949 S. 2) |
| AF | Ausgleichsforderung |
| a. F. | alte Fassung |
| a. F. | alte Folge |
| Afa, Afa | Absetzung für Abnutzungen |
| AFB | s. a. AFVB |
| AFB | Ausführungsbestimmung(en) |
| AFET | Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag |
| AfJ | s. ArchJugR |
| AFVB, AFB, AllgFeuerversBed. | Allgemeine Feuerversicherungs-Bedingungen |
| AG | s. a. AufbG |
| AG | Ausführungsgesetz |
| AG | Aktiengesellschaft |
| AG, AktG | Die Aktiengesellschaft. Zs. f. d. gesamte Aktienwesen (1. 1956 ff.) |
| AG | Amtsgericht |
| AG | Anstellungsgrundsätze s. AGr. |
| AGB, AllgGeschBed. | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AGBGB | Ausführungsgesetz z. Bürgerlichen Gesetzbuch Baden. I. d. F. v. 13. 10. 1925 (GVBl. S. 281) Bayern. Vom 9. 6. 1899 (GVBl. Beil. zu Nr. 28 S. 1) Preußen. Vom 20. 9. 1899 (GS S. 177) Württemberg. Vom 29. 12. 1931 (RegBl. S. 545) |

| | |
|------------------|---|
| AGD, AGDir. | Amtsgerichtsdirektor |
| AGG, AbwertGewG | Gesetz ü. Abwertungsgewinne v. 23. 12. 1936 (RGBl. I S. 1126) |
| AGG, ArbGG, BAGG | Arbeitsgerichtsgesetz Reich. ~ v. 23. 12. 1926 (RGBl. I S. 507) Besatzungszeit. Deutsches ~. KRG Nr. 21 v. 30. 3. 1946 (ABIKR S. 124) Bundesrepublik. ~ v. 3. 9. 1953 (BGBl. I S. 1267) |
| AGGVG | Bayern. Gesetz z. Ausführung d. Gerichtsverfassungsgesetzes v. 17. 11. 1956 (GVBl. S. 249) |
| AGLondSchAbk., | Gesetz z. Ausf. d. Abkommens v. 27. 2. 1953 ü. deutsche Auslandsschulden v. 24. 8. 1953 (BGBl. I S. 1003) |
| AGNB | Allgemeine Beförderungsbedingungen für den gewerblichen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen. In Kraft seit 1. 1. 1956 |
| AGO | Preußen. Allgemeine Gerichtsordnung v. 6. 7. 1793 |
| AGR | Amtsgerichtsrat |
| AGr., AG | Anstellungsgrundsätze (Grundsätze f. d. Anstellung d. Inhaber eines Versorgungsscheins) v. 16. 7. 1930 (RGBl. I S. 234) |
| AgrarRefG | Agrarreformgesetz Baden. Landesges. z. Verbesserung d. landwirtschaftl. Bodenverteilung u. Bodennutzung (~) v. 27. 2. 1948 (GVBl. S. 165) Schleswig-Holstein. Ges. z. Einleitung d. Agrarreform v. 12. 3. 1948 (GVBl. S. 81) |
| AgrarZ | s. ZAgruWR |
| AGSGG | Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz Baden-Württemberg. ~ v. 21. 12. 1953 (GBl. S. 235) Bayern. Ges. z. Ausführung d. Sozialgerichtsgesetzes v. 21. 12. 1953 (GVBl. S. 195) Berlin. ~ v. 22. 12. 1953 (GVBl. S. 1521) Bremen. Ges. ü. d. Sozialgerichtsbarkeit v. 16. 10. 1953 (GBl. S. 107) Hamburgisches ~ v. 16. 10. 1953 (GVBl. S. 295) Hessisches ~ v. 22. 12. 1953 (GVBl. S. 204) Niedersachsen. ~ v. 24. 11. 1953 (GVBl. S. 87) Nordrhein-Westfalen. Ges. z. Ausf. d. Sozialgerichtsgesetzes v. 8. 12. 1953 (GVBl. S. 412) Rheinland-Pfalz. Landesgesetz ü. d. Errichtung v. Sozialgerichten u. eines Landessozialgerichts v. 16. 12. 1953 (GVBl. S. 139) Schleswig-Holsteinisches ~ v. 2. 11. 1953 (GVBl. S. 144) |
| AGStPO | Bayern. Ausführungsgesetz z. Strafprozeßordnung v. 17. 11. 1956 (GVBl. S. 254) |

| | |
|-----------------------------------|--|
| AGVSG | Bayern. Ausführungsgesetz z. Viehseuchengesetz v. 13. 8. 1910 (GVBl. S. 615) |
| AGWBewG, AGWoBewG | Ausführungsgesetz zum Wohnraumbewirtschaftungsgesetz Baden-Württemberg. Vom 14. 6. 1954 (GBl. S. 79) Bayern. Vom 7. 5. 1954 (GVBl. S. 106) Berlin. Vom 13. 5. 1954 (GVBl. S. 290) Hessen. Vom 2. 6. 1954 (GVBl. S. 100) Rheinland-Pfalz. Vom 19. 7. 1954 (GVBl. S. 101) |
| AHB, AHVB, AllgHaftpflVersBed. | Allgemeine Haftpflichtversicherungs-Bedingungen |
| AHD | s. AußHandDienst |
| AHK, AllHKomm., AllHoheKomm. | Alliierte Hohe Kommission |
| AHKABl. | s. ABIAHK |
| AHKG | Gesetz der Alliierten Hohen Kommission |
| AhndG, AhndungsG | Gesetz zur Ahndung nationalsoz. Straftaten (Ahndungsgesetz) Bayern. Gesetz Nr. 22 v. 31. 5. 1946 (GVBl. S. 182) Bremen. Vom 27. 6. 1947 (GBl. S. 83) Hessen. Vom 29. 5. 1946 (GVBl. S. 136) Württemberg-Baden. Ges.Nr. 28 v. 31. 5. 1946 (RegBl. S. 171) |
| AHVB, AHB, AllgHaftpflVersBed. | Allgemeine Haftpflichtversicherungs-Bedingungen |
| AkadGFG | Gesetz über die Führung akademischer Grade v. 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 985) |
| AKB, AK, AllKdtrBln. | Alliierte Kommandantur (Kommandatura) Berlin |
| AKB, AllgKVerkVersBed. | Versicherungsbedingungen für die Kraftfahrversicherung i. d. Bek. d. RAufsAPrivVers. v. 31. 7. 1940 (RAnz. Nr. 187 S. 2) |
| AKBl. | Allgemeines Kirchenblatt für das evangelische Deutschland (1. 1852—85. 1936; dann: Arch. f. ev. Kirchenrecht) |
| AKHB, AllgKFahrHaftpflVersBed. | Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrhaftpflichtversicherung i. d. Bek. d. RAufsAPrivVers. v. 31. 7. 1940 (RAnz. Nr. 187 S. 4) |
| AKK, AKKR | s. ArchKathKR |
| AKO | Amtskassenordnung der Reichsfinanzverwaltung v. 12. 3. 1938 (RFBl. S. 57) |
| AKommG | Kommanditgesellschaft auf Aktien |
| AKSchG | s. AngKSchG |
| Akt., Aktuelle | Die Aktuelle. Zs. f. Steuer, Recht u. Wirtschaft (1. 1947—4. 1950) |

| | |
|-------------------------------------|---|
| AktG | s. a. AG |
| AktG, AG | Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) v. 30. 1. 1937 (RGBl. I S. 107) |
| AktO, AKTO | Anweisung f. d. Verwaltung d. Schriftguts bei d. Geschäftsstellen d. Gerichte u. d. Staatsanwaltschaften (Aktenordnung) Reich. Vom 28. 11. 1934 (SonderveröffDtJust. Nr. 6) Bayern. ~ i. d. f. . . . ab 1. 1. 1957 geltenden Fassung. Bek. v. 26. 11. 1956 (JMBl. S. 265) |
| AktOBGH | Anweisung f. d. Verwaltung d. Schriftguts in Rechts-sachen bei den Geschäftsstellen d. Bundesgerichtshofes und d. Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof (Aktenordnung Bundesgerichtshof) v. 22. 12. 1955 |
| AKV, AllgKrankVersBed. | Allgemeine Krankenversicherungs-Bedingungen |
| AkZ | s. ZAkDR |
| Akz. | s. Az. |
| ALB, AllgLagBed. | Allgemeine Lagerbedingungen |
| ALB, AllgLebVersBed. | Allgemeine Lebensversicherungs-Bedingungen |
| Alfü, Alfu | Arbeitslosenfürsorgeunterstützung |
| AlfüG, AlfuG | Gesetz ü. d. Bemessung u. Höhe d. Arbeitslosenfürsorgeunterstützung v. 29. 3. 1951 (BGBl. I S. 221) |
| AllgDSeeVersBed., ADSVB | Allgemeine Deutsche Seeversicherungs-Bedingungen |
| AllgDTranspVersBed., ATV | Allgemeine deutsche Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen |
| AllgEinbrVersBed., AEB, AEDB | Allgemeine Einbruchdiebstahlversicherungs-Bedingungen |
| AllgElekVersorgBed., AVB | Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Arbeit aus dem Niederspannungsnetz des Elektrizitätsversorgungsunternehmens |
| AllgFeuerversBed., AFVB, AFB | Allgemeine Feuerversicherungs-Bedingungen |
| Allg. Gen. | Allgemeine Genehmigung |
| AllgGeschBed., AGB | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AllgHaftpfIVersBed., AHB, AHVB | Allgemeine Haftpflichtversicherungs-Bedingungen |
| AllgHGA-DV | 19. DurchfVO ü. Ausgleichsabgaben v. 31. 8. 1956 (BGBl. I S. 768) |
| AllgKFahrHaftpfIVers- Bed., AKHB | Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrhaftpflichtversicherung i. d. Bek. d. RAufsAPrivVers. v. 31. 7. 1940 (RAnz. Nr. 187 S. 4) |

| | |
|---------------------------------|--|
| AllgKrankVersBed., AKV | Allgemeine Krankenversicherungs-Bedingungen |
| AllgKVerkVersBed., AKB | Versicherungsbedingungen für die Kraftfahrversicherung i. d. Bek. d. RAufsAPrivVers. v. 31. 7. 1940 (RAnz. 1940 Nr. 187 S. 2) |
| AllgLagBed., ALB | Allgemeine Lagerbedingungen |
| AllgLebVersBed., ALB | Allgemeine Lebensversicherungs-Bedingungen |
| AllgStR, AStR, AllgStRdsch. | Allgemeine Steuerrundschau (3. 1920—8. 1925; anfangs: Steuerrundschau) |
| AllgUnfVersBed., AUVB, AUB | Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Unfallversicherung |
| AllgVersBed., AVB | Allgemeine Versicherungsbedingungen |
| AllgWiedergG | s. AWG (Hbg.) |
| AllHKomm., AllHoheKomm., AHK | Alliierte Hohe Kommission |
| AllKdtr., AllKdtur. | Alliierte Kommandatura Berlin |
| ALR | Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten, gültig ab 1. 6. 1794 |
| Altbg | Berlin. Altbankengesetz v. 10. 12. 1953 (GVBl. S. 1483) |
| AltrG | s. ARG |
| AltsparG | s. ASpG |
| Alu | Arbeitslosenunterstützung |
| a. M. | anderer Meinung |
| AmAbl. | s. ABIMR (AmZ) |
| AmateurFG | Gesetz über den Amateurfunk v. 14. 3. 1949 (WiGBl. S. 20) |
| AMBl. | Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge (ab 1951 geteilt in Teil A—C) (1. 1946 ff.) |
| AMBl. Fin., AMtblFin. | Amtliches Mitteilungsblatt der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1948—1949; fortges. als: Ministerialbl. d. Bundesmin. d. Finanzen) |
| AME | s. AmtlMittEntsch. |
| AMMRE | Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte GmbH |
| AmMRG | Gesetz der Amerikanischen Militärregierung |
| AmMRVO | Verordnung der Amerikanischen Militärregierung |
| AMRE | Abteilung für mechanische Rechte innerhalb der <u>GEMA</u> |
| AmREG, AREG, USREG | Amerik. Zone. Ges. Nr. 59: Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände, in Kraft getreten am 10. 11. 1947 (ABIMR Ausg. G S. 1) |
| Amtl. Begr. | Amtliche Begründung |

| | |
|---|---|
| Amtl. Bek. | Amtliche Bekanntmachung |
| AmtlHinwLRV | Amtl. Hinweise für d. Lebens- u. Rentenversicherung v. 5. 7. 1948 (VeröffVw. 7/48 S. 7) |
| AmtlMittEntsch., AME | Amtliche Mitteilungen in Entschuldungssachen (1. 1933/34—9. 1941/42) |
| Amtsbl. | s. ABl. |
| AmtsO | Amtsordnung Nordrhein-Westfalen. Vom 10. 3. 1953 (GVBl. S. 218) Preußen. Zuletzt i. d. F. d. Bek. v. 13. 7. 1935 (MBliV S. 893) Rheinland-Pfalz. ~ f. d. RegBez. Koblenz u. Trier (= Teil B d. Selbstverwaltungsgesetzes) i. d. F. v. 5. 10. 1954 (GVBl. S. 131) Schleswig-Holstein. Vom 17. 6. 1952 (GVBl. S. 95) |
| Amtsvorm., AVorm., DAVorm., DAmtsvorm. | Der Amtsvormund. Rundbrief d. Dt. Instituts f. Vor- mundschaftswesen (24. 1951/52ff.) |
| AmZ | Amerikanische Besatzungszone |
| AN | s. ANRVA |
| ANBA | Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeits- vermittlung und Arbeitslosenversicherung (1. 1953ff.) |
| AnerbG | Anerbengericht |
| AnfBil. | Anfangsbilanz |
| AnfG | Gesetz betr. d. Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens [Anfechtungsgesetz] v. 21. 7. 1879 (RGBl. S. 277), i. d. F. d. Bek. v. 20. 5. 1898 (RGBl. S. 709) |
| ANFRV | s. ANRVA |
| AngArzt | Der angestellte Arzt (1. 1948ff.) |
| Angekl. | Angeklagter |
| AngKSchG, AKSchG | Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Ange- stellten v. 9. 7. 1926 (RGBl. I S. 399) |
| AngVers. | Die Angestelltenversicherung. Amtl. Nachrichten d. Reichsversicherungsanstalt f. Angestellte (ab 2. 1914:) und der Spruchbehörden d. Angestelltenver- sicherung (1. 1913—10. 1922) |
| AngVers., MittBfA | Die Angestelltenversicherung. (Jetzt m. d. Untertit. :) Zs. d. Bundesversicherungsanstalt f. Angestellte. Amtl. Veröffentlichungsblatt (1. 1954ff.) |
| AngVG | s. AVG |
| Anh. | Anhang |
| Anl. | Anlage |
| AnlAbiG | Gesetz ü. d. Ablösung öffentl. Anleihen v. 16. 7. 1925 (RGBl. I S. 137) |

| | |
|--|---|
| AnlBG, AnlBeitrG | Gesetz ü. d. Zahlung u. Sicherung von Anliegerbeiträgen v. 30. 9. 1936 (RGBl. I S. 854) |
| AnlStockG | Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihestockgesetz) v. 4. 12. 1934 (RGBl. I S. 1222) |
| Anm. | Anmerkung |
| AN-MitbG | s. MitbG |
| AnnDR, HirthsAnn. | Annalen des Deutschen Reichs (1/2. 1868/69: d. Norddt. Bundes), begr. v. Hirth (1. 1868—64. 1931/32) |
| AnnRG | Annalen des Reichsgerichts, hrsg. von Blum (1. 1880 bis 10. 1884) |
| AnnSächsOLG, | Annalen des (bis 1918: Kgl.) Sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden (1. 1880—40. 1920) |
| AnO, AO | Anordnung |
| ANRVA, ANfRV, AN, RVANachr., RVersNachr. | Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes (ab 1928: für Reichsversicherung) (1. 1885—61. 1945; 1928—39 ersch. als Reichsarbeitsblatt T. IV, 1940 bis 45 als Reichsarbeitsblatt T. II) |
| Anspr. | Anspruch |
| AntBewR 1953 | Richtlinien zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile an Kapitalgesellschaften v. 14. 2. 1955 (BStBl. I S. 97) |
| Anw. | Anweisung |
| AnwBl. | Anwaltsblatt. Nachrichten f. d. Mitglieder d. Dt. Anwaltsvereins (13. 1926—20. 1933; N. F. 1. 1950/51 ff.; anfangs: Nachrichten f. d. Mitglieder d. Dt. Anwaltvereins) |
| AnwDA | Anwärterdienstalter |
| AO, AnO | Anordnung |
| AO, AbgO, RAO, RAbgO | Reichsabgabenordnung v. 13. 12. 1919 (RGBl. S. 1993), i. d. F. v. 22. 5. 1931 (RGBl. I S. 161) |
| AOA | Allgemeiner Organisationsausschuß |
| AöR | Anstalt des öffentlichen Rechts |
| AöR | s. a. ArchÖffR |
| AOG | Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit v. 20. 1. 1934 (RGBl. I S. 45) |
| AOGö, AOGÖ | Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben v. 23. 3. 1934 (RGBl. I S. 220) |
| AOK, AOKrk. | Allgemeine Ortskrankenkasse |
| AP, ArbRechtlPr. | Arbeitsrechtliche Praxis. Sammlg. d. Entscheidungen d. Bundesarbeitsgerichts, d. Landesarbeitsgerichte u. Arbeitsgerichte (1. 1950—5. 1954) dann: |

| | |
|----------------------------------|---|
| AP | Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts. Arbeitsrechtliche Praxis (1954 ff.; vorher: Arbeitsrechtliche Praxis) |
| APF | s. ArchPostFernmW |
| ApothAnlegungsVO | Preußen. Kgl. Verordnung wegen Anlegung neuer Apotheken v. 24. 10. 1811 (GS S. 359) |
| ApothBetrO | Bayern. VO ü. d. Apothekenwesen (Apothekenbetriebsordnung) v. 17. 9. 1955 (GVBl. S. 195) |
| ApothG, ApoG | Apothekengesetz Gesetz über die Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken v. 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1445) Bayern. Gesetz ü. d. Apothekenwesen (∼) v. 16. 6. 1952 (GVBl. S. 181) |
| ApothStoppG | Gesetz über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken v. 13. 1. 1953 (BGBl. I S. 9), 4. 7. 1953 (BGBl. I S. 469) |
| APWVO | s. ArbPIWechsVO |
| AR | s. ArbuR |
| AR-Blattei, Forkel AR-Blattei | Arbeitsrecht-Blattei (= Gruppe 11 der „Rechts- u. Wirtschaftspraxis“), verl. v. Forkel |
| Arb. | Arbeit. Zs. f. Gewerkschaftspolitik u. Wirtschaftskunde (1. 1924—10. 1933) |
| Arb. | Die Arbeit. Monatsschrift f. Theorie u. Praxis d. dt. Gewerkschaften, hrsg. v. Bundesvorstand d. FDGB. (Berlin: Tribüne) (1. 1947 ff.) |
| ArbA, AA | Arbeitsamt |
| ArbA, AA, DA | Das Arbeitsamt [Zeitschrift] (1. 1950 ff.) |
| ArbAusglG | Gesetz ü. d. Ausgleichs- u. Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten (= Kontrollratsgesetz Nr. 35) v. 20. 8. 1946 (ABIKR Nr. 10 S. 174) |
| ArbBerAkDR | Arbeitsberichte der Akademie für Deutsches Recht (1937—1942) |
| ArbBl. | Arbeitsblatt (1. 1949; fortges. als: Bundesarbeitsblatt) |
| ArbBl.BrZ, ArbBl.f.d.b.Z | Arbeitsblatt für die britische Zone (1. 1947—2. 1948; fortges. f. d. Vereinigte Wirtschaftsgebiet als: Arbeitsblatt) |
| ArbBl. Rheinl. | s. ArbuBer. |
| ArbE, ArbEntschBln. | Arbeitsrechtliche Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Berlin (1. 1925—2. 1927) |
| ArbE BrZ, ArbEntsch. BrZ | Arbeitsrechtliche Entscheidungen (1947/48; 1947 = Beilage zum Arbeitsblatt für die Britische Zone) |
| ArbEins. | Arbeitseinsatz |
| Arbeitgeb., ArbGeb., Arbg. | Der Arbeitgeber (bis 23. 1933; dann aufgegl. in: Der dt. Volkswirt; N. F. 1. 1949 ff.) |

| | |
|--|--|
| ArbG | Arbeitsgericht |
| ArbG | Arbeitsgericht (32. 1926/27—37/38, 1932/33; vorher: Das Gewerbe- u. Kaufmannsgericht) |
| ArbGEntschTeichm. | Arbeitsgerichtliche Entscheidungen, hrsg. v. Teichmann (1/3. 1928/29) |
| ArbGG | s. AGG |
| ArbGR | Arbeitsgerichtsrat |
| ArbGZ, DArbGZ, DArbGebZtg. | Die deutsche Arbeitgeberzeitung (1. 1902—32. 1933; dann: Der dt. Unternehmer) |
| ARBlattei | s. AR-Blattei |
| ArbIFürs. | Arbeitslosenfürsorge |
| ArbIU | Arbeitslosenunterstützung |
| ArbIVers. | Arbeitslosenversicherung |
| ArbPlWechsVO, APWVO | VO ü. d. Beschränkung d. Arbeitsplatzwechsels v. 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1685) |
| ArbR | Arbeitsrecht. Zs. f. d. gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten u. Beamten (1. 1914 bis 20. 1933) |
| ArbRÄndVO | VO zur Abänderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts v. 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1683) |
| ArbRBl. | s. BI Arb. |
| ArbRechtlPr. | s. AP |
| ArbRKart., Kallee | Arbeitsrechts-Kartei, hrsg. v. Kallee (1934—1945; vorher: Kartenauskunftei d. Arbeitsrechts, seit 1919) |
| ArbRpr., ArbRPrax. | Arbeitsrechts-Praxis. Zs. f. Arbeitsrecht, Sozialversicherung u. soziale Verwaltung (1. 1928 — 6. 1933) |
| ArbRSamml., ArbRSlg., ARS, Bensheimer, RAGBensh. | Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte, verlegt bei Bensheimer (ab 19. 1934: Arbeitsrechts-Sammlung) (1. 1928—47. 1944) |
| ArbRspr., RsprArb. | Rechtsprechung in Arbeitssachen. Grundsätzliche Entscheidungen d. Reichsarbeitsgerichts, d. Landesarbeitsgerichte u. d. Arbeitsgerichte (1. 1927—5. 1932; dann vereinigt mit: Entscheidungen d. Reichsarbeitsgerichts) |
| ArbRStichw., ARSt., ARST, ARiSt. | Arbeitsrecht in Stichworten. Arbeitsrechtl. Entscheidungssammlung (1. 1947/48 ff.) |
| ArbuBer. | Arbeit und Beruf. Halbmonatszs. f. Fragen des Arbeitsmarkts, Berufsberatung u. verwandte Gebiete (1. 1921—13. 1934) |
| ArbuBer., ArbBl.Rheinl. | Arbeit und Beruf. Mitteilungsbl. d. Ministeriums d. Arbeit Rheinland-Pfalz (1. 1948; dann: Schaffendes Volk) |

| | |
|--|--|
| ArbuR, AuR, AR | Arbeit und Recht. Zs. f. Arbeitsrechtspraxis (1. 1953 ff.) |
| ArbuSoz., ArbuSozFürs., AuSf. | Arbeit und Sozialfürsorge. Amtl. Organ d. Dt. Verw. f. Arbeit u. Sozialfürsorge d. sowj. Besatzungszone in Deutschland (1. 1946 ff.) |
| ArbuSozPol., AuS | Arbeit und Sozialpolitik. Mitteilungsbl. d. Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen (1. 1947 ff.) |
| ArbuSozR | Arbeits- und Sozialrecht. Mitteilungsbl. d. Arbeitsministeriums Württemberg-Baden (3. 1948—7. 1952; vorher: Mitteilungen d. Arbeitsministeriums Württemberg-Baden) |
| ArbuSozR, MAM | Arbeits- und Sozialrecht. Mitteilungsbl. d. Arbeitsministeriums Baden-Württemberg. (1. 1952 ff.) |
| ArbuSozRZsch., ArbuSozRZs. | Arbeits- und Sozialrecht in Zeitschriften, bearb. v. Cornelssen (1948 ff.) |
| ArbVerm. | Arbeitsvermittlung |
| ArbVermG | Gesetz ü. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung u. Lehrstellenvermittlung v. 5. 11. 1935 (RGBl. I S. 1281) |
| ArbVers. | Die Arbeiter-Versorgung (1. 1884—61. 1944, 9; fortg. durch: Dt. Sozialversicherung) |
| ArbZ | Arbeitszeit |
| ArbZO | s. AZO |
| Arch., Archit. | Der Architekt (1. 1952 ff.) |
| ArchBürgR, BürgArch., Kohlers Arch. | Archiv für bürgerliches Recht (1. 1888—43. 1919) |
| ArchEisenbW, ArchEis., ArchEBW | Archiv für Eisenbahnwesen (1. 1878—66. 1943) |
| ArchEvKR | s. KirchArch. |
| ArchfKrim. | s. ArchKrim. |
| ArchfLr. | s. ArchLuftR |
| ArchFrauenarb. | Archiv für Frauenarbeit (1. 1913—10. 1922) |
| ArchFunkR, FunkArch. | Archiv für Funkrecht (1. 1928—10. 1937; dann: Rundfunkarchiv) |
| ArchG, ArchitG | Architektengesetz Baden-Württemberg. ~ v. 5. 12. 1955 (GBl. S. 265) Bayern. Ges. ü. d. Führung d. Berufsbezeichnung Architekt (~) v. 23. 1. 1954 (GVBl. S. 29) Rheinland-Pfalz. Landesges. ü. d. Errichtung einer Architektenkammer im Lande ... v. 6. 7. 1950 (GVBl. S. 235) |
| ArchGenW | Archiv für Genossenschaftswesen (1. 1939—3. 1943) |
| ArchGewRpfl. | Archiv für gewerbliche Rechtspflege (1. 1900—3. 1902) |
| Archit., Arch. | Der Architekt (1. 1952 ff.) |

| | |
|---|--|
| ArchJugR, AfJ | Archiv für Jugendrecht (1. 1952ff.; = Beilage zum Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt) |
| ArchKathKR, AKKR, AKK | Archiv für katholisches Kirchenrecht (1. 1857ff.) |
| ArchKrim., Arch.f.Krim. | Archiv für Kriminologie (66. 1916ff.; vorher: Arch. f. Kriminalanthropologie u. Kriminalistik) |
| ArchKrimAnthr. | Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik (1. 1899—65. 1916; dann: f. Kriminologie) |
| ArchLuftR, ArchfLr. | Archiv für Luftrecht (1. 1931—12. 1943) |
| ArchÖffR, AöR | Archiv des öffentlichen Rechts (bis 26. 1910: für öffentliches Recht) (1. 1886ff.) |
| ArchPolR | Archiv für Polizeirecht (1. 1923/24ff.; N. F. = Beil. zu: Die Polizei 1. 1948ff.) |
| ArchPolW | Archiv für Polizeiwesen (16. 1937—20. 1941; vorher: Dt. Polizei-Archiv) |
| ArchPostFernmW, APF | Archiv für das Post- und Fernmeldewesen (1. 1949ff.) |
| ArchPostTel., ArchPT, Postarch. | Archiv für Post und Telegraphie (4. 1876—67. 1939; vorher u. später: Dt. Postarchiv) |
| ArchPraktRW, ArchPraktRWiss. | Archiv für praktische Rechtswissenschaft ... (1. 1852 bis 3. F. 18. 1897) |
| ArchRechtsWirtschPhilos., ArchRWiPhil. | Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie (1. 1907/08—26. 1932/33) dann: |
| ArchRSozPhil., ARSP | Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (27. 1933/34 bis 37. 1944, 38. 1949/50ff.) |
| ArchRevTrhW, ArchRevTreuhW | Archiv für das Revisions- und Treuhandwesen (22. 1926 bis 27. 1931; dann: Der Wirtschaftsprüfer; vorher: Zs. d. Verbandes Dt. Bücherrevisoren) |
| ArchSozG, BraunsArch. | Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, hrsg. v. Braun (1. 1888—18. 1903) dann: |
| ArchSozW, ArchSozWiss. | Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (19. 1904—69. 1933; vorher: Archiv f. soz. Gesetzgebung u. Statistik) |
| ArchUrhR | s. UFITA |
| ArchVerwR, ArchVwR | Archiv für Verwaltungsrecht (1. 1874—56. 1930) |
| ArchVölkR, AdV, AV | Archiv des Völkerrechts (1. 1948/49ff.) |
| ArchWettbR, ArchWR, AWR | Archiv für Wettbewerbsrecht (1. 1935—6. 1940; dann vereinigt m.: Wirtschaftswerbung) |
| ArchZivPr. | s. AcP |
| AREG | s. AmREG |
| ARG, AltrG | Gesetz ü. d. Versorgung d. vor dem 1. 8. 1914 aus d. Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen u. ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz) v. 18. 7. 1921 (RGBl. S. 953) |

| | |
|-------------------------------|---|
| ArmAnwG | Gesetz, betr. d. Erstattung d. Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen u. Änderung d. Gerichtskostengesetzes [Armenanwaltsgebührengesetz] v. 20. 12. 1928 (RGBl. I S. 411) |
| ArmeeVBl., AVBl. | Armee-Verordnungsblatt (Preußen) (1. 1867—53. 1919; dann: Heeres-Verordnungsblatt) |
| ArrG | Bayern. Gesetz ü. d. Zusammenlegung v. landwirtschaftl. Grundstücken (Arrondierungsgesetz) i. d. F. v. 11. 8. 1954 (GVBl. S. 169) |
| ARS | s. ArbRSamml. |
| ARSP | s. ArchRSozPhil. |
| ARSt., ARST, ARiSt. | s. ArbRStichw. |
| Art. | Artikel |
| AS | Amtliche Sammlung |
| ASB | Arbeitsgemeinschaft für Soziale Betriebsgestaltung |
| AschaffenburgsMschr. | s. MschrKrimPsych. |
| AS Rh-Pf. | Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz [in] Koblenz (1. 1954ff.) |
| ASpG, Altsparg | Ges. z. Milderung v. Härten d. Währungsreform (Altsparger Gesetz) v. 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 495) |
| ASpG-DV | Durchführungsverordnung zum Altsparger Gesetz 1. DV v. 6. 11. 1953 (BGBl. I S. 1512) 2. DV v. 9. 7. 1954 (BGBl. I S. 190) 3. DV v. 24. 10. 1955 (BGBl. I S. 690) |
| AStO, AusglStO | Ausgleichsteuerordnung (Durchführungsbestimmungen z. Umsatzsteuergesetz) v. 23. 3. 1939 (RGBl. I S. 615), i. d. F. v. 8. 10. 1952 (BGBl. I S. 671) |
| AStR | s. AllgStR |
| AsylVO | VO ü. d. Anerkennung u. d. Verteilung von ausländischen Flüchtlingen (Asylverordnung) v. 6. 1. 1953 (BGBl. I S. 3) |
| ATO | Allgemeine Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst v. 1. 4. 1938 (RArbBl. VI S. 471), i. d. F. v. 1. 11. 1943 (RBesBl. 1944 S. 17) |
| ATO | Allgemeine Treuhandorganisation |
| ATV, AllgDTranspVers-Bed. | Allgemeine Deutsche Binnen-Transportversicherungsbedingungen |
| ATV | Allgemeine technische Vorschriften |
| AUB, AUVB, AllgUnfVersBed. | Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Unfallversicherung |

| | |
|----------------|--|
| AÜGSGG | Bayern. Gesetz ü. d. Übertragung von Aufgaben u. Befugnissen d. Bayer. Landesversicherungsamts u. d. Obergversicherungsämter (Aufgabenübertragungsgesetz z. Sozialgerichtsgesetz) v. 21. 12. 1953 (GVBl. S. 196) |
| AufbG, AG, ABG | Aufbaugesetz Badisches ~ v. 25. 11. 1949 (GVBl. 1950 S. 29) Hamburg. Ges. ü. d. Aufbau d. Hansestadt . . . v. 11. 4. 1949 (GVBl. S. 45) Hessen. Ges. ü. d. Aufbau d. Städte u. Dörfer d. Landes . . . (~) v. 25. 10. 1948 (GVBl. S. 139) Niedersachsen. Ges. z. Durchf. d. Ortsplanung u. des Aufbaues in den Gemeinden (~) i. d. F. v. 17. 5. 1955 (GVBl. S. 195) Nordrhein-Westfalen. Ges. ü. Maßnahmen z. Aufbau in den Gemeinden (~) v. 29. 4. 1950 (GVBl. S. 78), i. d. F. v. 29. 4. 1952 (GVBl. S. 75) Rheinland-Pfalz. Landesges. ü. d. Aufbau in d. Gemeinden (~) v. 1. 8. 1949 (GVBl. S. 317) Schleswig-Holstein. Ges. ü. d. Aufbau in d. schleswig-holsteinischen Gemeinden (~) v. 21. 5. 1949 (GVBl. S. 93) Württemberg-Baden. Ges. Nr. 329: ~ v. 18. 8. 1948 (RegBl. S. 127) |
| AufhG | 1. u. 2. Gesetz z. Aufhebung d. Besatzungsrechts v. 30. 5. 1956 (BGBl. I S. 437, 446) |
| Aufl. | Auflage |
| AufIVO | Auflassungsverordnung [1.] VO ü. Auflassungen, landesrechtl. Gebühren u. Mündelsicherheit v. 11. 5. 1934 (RGBl. I S. 378) 2. VO ü. Auflassungen v. 9. 1. 1940 (RGBl. I S. 46) |
| AufRschG | s. TumSchG |
| AufsStDV | VO z. Durchf. d. Steuerabzugs von Aufsichtsratsvergütungen i. d. F. v. 26. 8. 1955 (BGBl. I S. 534) |
| AufwFällG | Gesetz ü. d. Fälligkeit u. Verzinsung d. Aufwertungshypotheken [Aufwertungsfalligkeitsgesetz] v. 18. 7. 1930 (RGBl. I S. 300) |
| AufwG, AwG | Gesetz ü. d. Aufwertung v. Hypotheken u. anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) v. 16. 7. 1925 (RGBl. I S. 117) |
| AufwRspr. | s. RsprAufw. |
| AuR | s. ArbuR |
| AuS | s. ArbuSozPol. |
| AusbG | Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung v. 21. 12. 1937 (RGBl. I S. 1393) |
| AusbildV | VO ü. d. Ausbildung von Kraftfahrzeugführern v. 21. 12. 1933 (RGBl. 1934 I S. 13) |

| | |
|--------------------------------|---|
| AuSf. | s. ArbuSoz. |
| AusfAnw., AAnw. | Ausführungsanweisung |
| AusfBest., ABest., AB | Ausführungsbestimmungen |
| AusfFördDV 1954 | VO z. Durchf. d. Ausfuhrförderungsgesetzes i. d. F. v. 31. 12. 1954 (BGBl. 1955 I S. 7) |
| AusfFördG | Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr (Ausfuhrförderungsgesetz) i. d. F. v. 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1379) |
| AusglStO | s. AStO |
| AusgrV | Bayern. VO, d. Ausgrabungen u. Funde von prähistorischen oder historisch merkwürdigen Gegenständen betr. v. 6. 9. 1908 (GVBl. S. 762) |
| AuskPfIVO | VO ü. Auskunftsspflicht v. 13. 7. 1923 (RGBl. I S. 723) |
| AuslandsR | Auslandsrecht. Blätter f. Handel u. Industrie (1. 1919 bis 7. 1926) |
| AuslG | s. DAG |
| AuslGes. | Gesetzgebung und Rechtspraxis des Auslandes (1. 1925 bis 6. 1930) |
| AuslPVO | Ausländerpolizeiverordnung v. 22. 8. 1938 (RGBl. I S. 1053) |
| AuslRZ | s. RabelsZ |
| AuslSchG | s. AGLondSchAbk. |
| AuslWBG, AuslWährBG | Ges. z. Bereinigung v. deutschen Schuldverschreibungen, die auf ausländische Währung lauten (Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds) v. 25. 8. 1952 (BGBl. I S. 553) |
| Aussch. | Ausschuß |
| AußHandDienst, AHD, AD | Außenhandelsdienst der Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände (1. 1947ff.) |
| AußPol. | Außenpolitik. Zs. f. intern. Fragen (1. 1950ff.) |
| AußWerbG | Bayern. Gesetz über verunstaltende Außenwerbung v. 2. 3. 1954 (GVBl. S. 41) |
| AuswA, AA | Auswärtiges Amt |
| AuswG | Gesetz über das Auswanderungswesen v. 9. 6. 1897 (RGBl. S. 463) |
| AutoBBO, ABVO, ABBVO, vABVO | Vorl. Autobahn-Betriebs- u. Verkehrs-Ordnung v. 14. 5. 1935 (RGBl. II S. 421) |
| AutomatG | Ges. ü. d. Verkauf v. Waren aus Automaten v. 6. 7. 1934 (RGBl. I S. 585) |
| AUVB, AUB, AllgUnfVersBed. | Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Unfallversicherung |
| AV, AVO | Ausführungsverordnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| AV | Allgemeine Verwaltungsvorschrift; Allgemeine Vorschrift |
| AV | Allgemeine Verfügung |
| AV | s. ArchVölkR |
| AVAVG | Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 16. 7. 1927 (RGBl. I S. 187), i. d. F. d. Bek. v. 12. 10. 1929 (RGBl. I S. 162) |
| AVB, AllgElekVersorgBed. | Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Arbeit aus dem Niederspannungsnetz des Elektrizitätsversorgungsunternehmens |
| AVB, AllgVersBed. | Allgemeine Versicherungsbedingungen |
| AVBl. | s. ArmeeVBl. |
| AVfNot. | Allgemeine Verfügung d. RJM ü. d. Angelegenheiten der Notare v. 14. 6. 1937 (DtJust. S. 914) |
| AVG, AngVG, VGA | Angestelltenversicherungsgesetz v. 28. 5. 1924 (RGBl. I S. 563) |
| AVHO | Ausführungsvorschriften zur Hinterlegungsordnung. AV d. RJM v. 15. 3. 1937 (DtJust. S. 426) |
| AVLStVG | Bayern. VO z. Ausführung d. Landesstraf- u. Verordnungs-gesetzes v. 19. 11. 1956 (GVBl. S. 274) |
| AVN | Angehöriger der Vereinten Nationen |
| AVO | Vorläufige Arbeitsverwaltungsordnung f. d. Vollzugsanstalten d. Reichsjustizverwaltung v. 14. 3. 1936 |
| AVO, AV | Ausführungsverordnung |
| AVorm. | s. Amtsvorm. |
| AVOSGG | Baden-Württemberg. VO z. Ausf. d. Sozialgerichtsgesetzes v. 21. 12. 1953 (GBl. S. 236) |
| AVVFStr. | Allgemeine Verwaltungsvorschrift f. d. Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen 1. AV v. 3. 7. 1951 (BAnz. Nr. 132) 2. AV v. 11. 2. 1956 (BAnz. Beil. z. Nr. 38) |
| AW | Aufwertung |
| AWA | Anstalt zur Wahrung der Aufführungsrechte auf dem Gebiete der Musik |
| AWG(Hbg.) | Hamburg. Gesetz z. Ausgleich v. Schäden, die durch polit., weltanschauliche, religiöse oder rassische Verfolgung entstanden sind (Allgemeines Wiedergutmachungsgesetz) v. 8. 4. 1953 (GVBl. S. 55) |
| AwG | s. AufwG |
| AWR | s. ArchWettbR |
| AWV | Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung |
| AW-Weisung | Weisung ü. Aufbaudarlehen f. d. Wohnungsbau i. d. F. v. 3. 12. 1956 (BAnz. Nr. 248) |

| | |
|---------------------|--|
| AZ | Amerikanische Besatzungszone |
| Az., Akz. | Aktenzeichen |
| AZO | Durchführungsbestimmungen z. Zollgesetz (Allgemeine Zollordnung) v. 21. 3. 1939 (RMBl. S. 313) |
| AZO, ArbZO | Arbeitszeitordnung v. 30. 4. 1938 (RGBl. I S. 447) |
| AZP | s. AcP |
| AZV, AZVO | Arbeitszeitverordnung |
| AZVO d. BdBeamt. | VO ü. d. Arbeitszeit der Bundesbeamten v. 15. 6. 1954 (BGBl. I S. 149) |
| AZVO f. KrkPflAnst. | VO ü. d. Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten v. 13. 2. 1924 (RGBl. I S. 66) |

B

| | |
|----------------------|---|
| B | s. a. Betr. |
| B | [in zusammengesetzten Wörtern:] Blatt |
| BA | Bundesanstalt; Bundesamt |
| BA | s. a. BAnz. |
| BA, BAnw. | Bundesanwalt, Bundesanwaltschaft |
| BAA | Bundesausgleichsamt |
| BAA, BAV | Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bau-sparwesen |
| BAA-ASpG-DV | RechtsVO d. Präs. d. Bundesausgleichsamtes z. Durchf. d. Altspargesetzes 1. RechtsVO v. 8. 11. 1954 (BGBl. I S. 358) 2. RechtsVO v. 3. 12. 1956 (BAnz. Nr. 248; MtblBAA S. 540) |
| BAA-Feststellungs-DV | Rechtsverordnungen d. Präs. d. Bundesausgleichsamtes z. Durchf. d. Feststellungsgesetzes |
| BAB | s. BerlAnwBl. |
| BABG, BAutobG | Gesetz ü. d. vermögensrechtlichen Verhältnisse d. Bundesautobahnen u. sonstigen Bundesstraßen d. Fernverkehrs v. 2. 3. 1951 (BGBl. I S. 157) |
| BABL. | Bundesarbeitsblatt (1. 1950ff.) |
| BABL., BAusschrBl. | Bundesausschreibungsblatt (1. 1954ff.) |
| BadAnn. | Annalen der Großherzoglich Badischen Gerichte (1. 1832/33—65. 1899; dann vereinigt mit: Bad. Rechtspraxis) |
| BadMBL. | s. BaMBL. |
| BadNotZ | Badische Notars-Zeitschrift (1. 1903—18. 1920) |
| BadRPrax., BadRspr. | Badische Rechtspraxis (ab 2[= 66]. 1900:) und Annalen der Großh. Badischen Gerichte (1. 1899—102. 1936) |

| | |
|--|--|
| BadVerwZ | Zeitschrift für Badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege (1. 1859—73. 1941) |
| BadWürtt., Ba-Wü., BW | Baden-Württemberg |
| BäckAZG, BAZG | Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien v. 29. 6. 1936 (RGBl. I S. 521) |
| BÄG | s. ÄG |
| BAfAA, BAfAVAV, BAArbVerm., BAavAv. | Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung |
| BAG, BArbG | Bundesarbeitsgericht |
| BAG, BArbG | Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (1. 1954ff.) |
| BAG | Gesetz über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen v. 31. 7. 1951 (BGBl. I S. 480) |
| BAG | Bundesanstalt für den Güterfernverkehr |
| BAGG | s. AGG |
| BAH, BAfH | Bundesamt für das Heimatwesen |
| BAH, BAHeimw., EBAfH | Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen (1. 1873—96. 1940) |
| BAM | Bayer. Minister für Arbeit und soziale Fürsorge |
| BAM | s. a. BMA |
| BaMBL., BadMBL., MBL.Bad. | Ministerialblatt der Landesregierung von Baden (zuletzt: der Badischen Ministerien in Abwicklung) (1. 1950—3. 1952) |
| Bank | Die Bank (1. 1908—36. 1943; dann: Bankwirtschaft) |
| BankA, BankArch. | Bank-Archiv (1. 1901—43. 1943; dann: Bankwirtschaft) |
| BankG | Hessen. Gesetz ü. d. Neuordnung d. öffentlichen Bank- u. Sparkassenwesens v. 8. 5. 1953 (GVBl. S. 99) |
| BankWi., BW | Bankwirtschaft (1943—1945) |
| BankWiss. | Bankwissenschaft (1. 1924—10. 1933) |
| BAnw., BA | Bundesanwalt, Bundesanwaltschaft |
| BAnz., Banz. | Bundesanzeiger (1. 1949ff.) |
| BArbBl. | s. BAbL. |
| BArbG | s. BAG |
| BArbGG | s. AGG |
| BauAGemBau, BuG, BUG | Bauamt und Gemeindebau (1918ff.) |
| BauaufsG | Hessen. Bauaufsichtsgesetz v. 6. 3. 1954 (GVBl. S. 21) |
| BauersZ, ZAktG | Der Handelsgesellschafter, hrsg. v. Bauer (ab 5. 1897: Zeitschrift für Aktiengesellschaft u. Der Handelsgesellschafter, ab 11. 1903: Zeitschrift f. Aktiengesellschaften u. f. Gesellschaften mbH) (1. 1893—34. 1926/27) |

| | |
|-------------------------------------|---|
| BauFG, BauFdgG | Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen v. 1. 6. 1909 (RGBl. S. 449) |
| BaugelErschlG, BgEG | Bayern. Gesetz über die Erschließung von Baugelände v. 4. 7. 1923 (GVBl. S. 273) |
| BaugestaltVO | VO über Baugestaltung v. 10. 11. 1936 (RGBl. I S. 938) |
| BauLBG, BaulBG, BaulBeschG, BLBG | Baulandbeschaffungsgesetz v. 3. 8. 1953 (BGBl. I S. 720) |
| BaulG, BaulenkG | Schleswig-Holstein. Baulenkungsgesetz v. 4. 2. 1948 (GVBl. S. 44) |
| BaulG, BLG | Baulandgesetz Württemberg-Baden. Ges. ü. d. Erschließung von Bauland durch Umlegung u. Grenzregelung i. d. F. v. 24. 9. 1948 (RegBl. S. 157) Württemberg-Hohenzollern. Ges. ü. d. Erschließung von Bauland (∼) v. 28. 11. 1949 (RegBl. 1950 S. 1) |
| BauO, BO | Bauordnung Bayern. Vom 17. 2. 1901 (GVBl. S. 87) Berlin. v. 9. 10. 1929 (ABl. S. 1188) Hessen (-Darmstadt). Allgemeine ∼ v. 30. 4. 1881 (RegBl. S. 71) Württemberg. Vom 28. 7. 1910 (RegBl. S. 333) |
| BaupolVO | VO ü. d. baupolizeiliche Behandlung von öffentlichen Bauten v. 20. 11. 1938 (RGBl. I S. 1677) |
| BaupolZustG | Preußen. Gesetz über baupolizeiliche Zuständigkeiten v. 15. 12. 1933 (GS S. 491) |
| BauregVO | VO über die Regelung der Bebauung v. 15. 2. 1936 (RGBl. I S. 104) |
| BAutobG | s. BABG |
| BauVerw. | Die Bauverwaltung. Zs. f. behördl. Bauwesen (1. 1952ff) |
| BAV, BAA | Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bau-sparkassenwesen |
| 2. BAV | Bayern. 2. VO über die Besoldungsangleichung bei den Beamten der Gemeinden, Gemeindeverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts (2. Besoldungsangleichungsverordnung) v. 7. 8. 1933 (GVBl. S. 211) |
| BAvAv. | s. BAFAA |
| BaVBl., BadMBliV, MBIBadIVerw. | Ministerialblatt für die Badische innere Verwaltung (1. 1935—9. 1943) |
| Ba-Wü., BW | Baden-Württemberg |
| Ba-WüVerwBl. | s. DÖV BaWü. |
| Bay., Bayer. | Bayern, bayerisch |
| BayBeaZtg., BBZt., BayRZ | Bayerische Beamtenzeitung (1. 1949 ff.) |